

Sozialistische Linkspartei / SLP
 Österreichische Sektion des CWI/KAI
 Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
 Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
 E-Mail slp@gmx.at

FORUM

Zeitung der Marxisten in SJ, SPÖ, AKS & ÖGB
Nr. 38 1993 Preis öS 7.- Solidaritätspreis öS 10.-

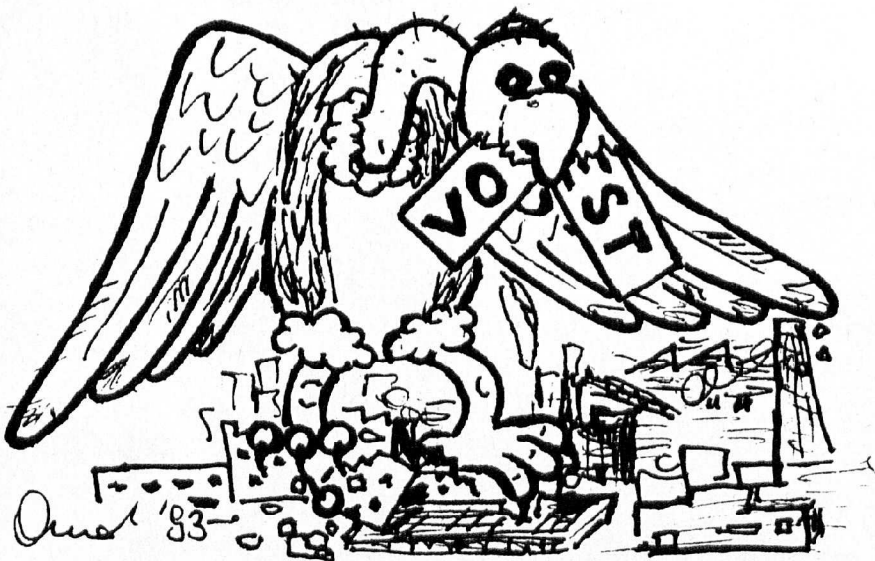
Sozialabbau

OHNE UNS!

Die Krise schlägt zu! Massenkündigungen und Firmenpleiten wie Assmann geben uns einen Vorgeschmack auf das, was uns noch erwarten könnte, wenn wir uns nicht wehren. 20.000 Industrie-arbeitsplätze sollen heuer abgebaut werden.

Für die Unternehmer ist das Krisenkonzept klar: Arbeiterschaft und Jugendliche sollen bezahlen. Wie heißt es so schön; Sie sollen "den Gürtel enger schnallen!" Die Unternehmer haben jede Menge Vorschläge parat. Sie fordern

Senkung der Sozialhilfe, Studiengebühren, drastische Senkung von Unternehmersteuern, Erhöhung von Sozialabgaben für die Arbeitnehmer, keine Lohnfortzahlung bei Kurzkrankenständen...



Antifa-Demo.....	3
Ost-AKWs.....	3
Zivildienst.....	4
FPÖ.....	4
Hallein.....	5
Rußland.....	6
Mittelteil:.....	7-10
Wirtschaftskrise	
Südafrika.....	11
Frankreich.....	12-13
Marxismus Aktuell.....	14
Plan- Marktwirtschaft	
Deutschland.....	15
1. Mai.....	16

Mit dem so gewonnenen Geld sollen dann Unternehmer subventioniert werden. Und das, obwohl die Bosse hunderte Millionen Kapital auf Österreichs Banken angehäuft haben. Am wichtigsten sind den Herren in den Chefetagen aber "maßvolle Lohnrunden". Bei der derzeitigen Inflation bedeutet diese Forderung nur eines: Reallohnverlust und damit drastisches Sinken unseres

Lebensstandards! Gegen diese frechen Forderungen gilt es jetzt, vor allem durch die Gewerkschaften, Widerstand zu formieren, auf die Straße zu gehen und in den Betrieben für Kampfmaßnahmen zu rüsten. Wir wollen keine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben! Jeder Arbeitsplatz, jedes soziale Recht muß verteidigt werden!

John Evers JG 5 Vorsitzender

KAMPFFONDS

55.000,- pro Zeitungsummer (also alle zwei Monate) zu sammeln, war unser Ziel. In den Monaten März/April 93 war es gerade die Hälfte, nämlich 27.848,20, die hereingekommen ist. Einen Löwenanteil dieser Summe machten die erfolgreiche Demo am 20.4. (8.400,-) und der Landesparteitag der SPÖ Wien (wo für rund 1.000,- Zeitungen verkauft wurden) aus. Politisch stehen wir am Beginn einer sehr heißen Periode. Weltweit spielen sich gewaltige Prozesse, wie in Südafrika oder Rußland, ab. In Österreich gehen die Unternehmer angesichts der Wirtschaftskrise in die Offensive. Das bedeutet für uns viele Chancen und Möglichkeiten marxistische Ideen einzubringen. Doch dazu muß VORWÄRTS verkauft werden, brauchen wir Geld für Materialproduktion... Trotz der schlechten finanziellen Ergebnisse haben wir eine neue Broschüren-Serie "DER SOZIALISMUS IST INTERNATIONAL" herausgebracht. Thema der ersten Ausgabe ist Südafrika. Ebenso wurden die zweite

Für eine unabhängige sozialistische Arbeiterpresse



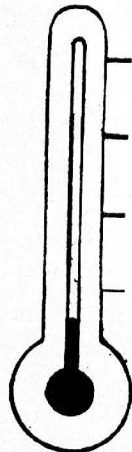
Unterstützt VORWÄRTS

Auflage der "Faschismus"-Broschüre und neue Buttons produziert. Um uns auf die kommenden Aufgaben vorbereiten zu können, brauchen wir jetzt eine politische Kampffonds-Offensive: Es gilt, VORWÄRTS über Spenden und Zeitungsverkäufe weiter in der Arbeiterbewegung und Jugend zu verankern. Wir brauchen Eure Unterstützung - jede Spende ermöglicht uns einen neuen Schritt!



"Gegen Nazis!"-T-Shirts (rote Faust)

120,- inkl. Porto b. d. Redaktion
PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"



SPENDENKONTO
PSK 8812.733

Wie ihr uns treffen könnt...

VORWÄRTS-UnterstützerInnen sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend aktiv. Einige Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen zu verbessern und sich gegen neuerliche Angriffe gemeinsam zu wehren, haben AktivistenInnen dieser Gruppen die Kampagne "JUGEND FÜR SOZIALISMUS/Aktion für eine sozialistische SJ" gegründet. Alle Gruppen treffen sich weiterhin regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

WIR TREFFEN UNS:

SJ 3
Gruppe COMMUNE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 3, Zentrum Erdberg
Lechnerstr. 2-4

SJ 5 - aufgelöst/JIS
Wien 5

Gruppe ROTER STERN:
jeden Freitag 18.30 Uhr
Reinprechtsdorferstr.6

Gruppe FUNKE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Jugendzentrum, Wien 6
Grünwaldg.4

Gruppe VORAN
jeden Donnerstag 19 Uhr
Jugendzentrum 6
Grünwaldg. 4

SJ 6
LINKE AKTIONSGRUPPE:
jeden Dienstag 18 Uhr
Wien 6, Wallg.4

SPÖ 20/ Themeninitiative Jugendarbeit
Gruppe SAJ:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 20, Marchfeldstr.16-18/4
Sektion 17

SJ 23
Gruppe OFFENSIV
jeden Dienstag 19 Uhr
Wien 23, Holzhütte
Sobotag./Purkytg.

SJ Salzburg - aufgelöst
Gruppe AUFBRUCH:
jeden Freitag 19 Uhr 30
im internationalen Jugendzentrum
Gabelsbergerstr.17

SJ Feldkirch
Gruppe ROTE AKTION:
jeden Samstag 18 Uhr
Jugendhaus Graf Hugo
Feldkirch/Vibg.

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber und F.d.V.: Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Pf. 2, 1082 Wien
Druck: A.Rieglmink, Panseng 19, 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

1000 Jugendliche pfeifen auf Hitler

Was fällt Euch zum Datum 20.4. ein? Nichts, das ist gut! Denn an diesem Tag feiern Faschisten und Rechtsextreme den Geburtstag ihres Führers Adolf Hitler.

Das Antifaschistische Komitee der SchülerInnen und Lehrlinge Wiens hat eine Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der Wiener Innenstadt organisiert. An diesem Tag überlassen wir die Stadt nicht den Neonazis und rechts-extremen Banden.

Das Antifa-Komitee verteilte tausende Flugblätter für die Demo und schaffte es so, rund 1.000 AntifaschistInnen auf die Straße zu bringen. Um die Demonstration gegen Angriffe von rechts außen zu schützen, organisierte das Antifa-Komitee einen Ordnungsdienst, der aus ungefähr 25 Leuten bestand. Unser "Demonstrationsschutz" bestand seinen ersten Einsatz recht gut. Nur ein Zwischenfall am Morzinplatz schaffte Aufregung. Ein paar Demonstranten sahen drei Rechte, die sich zu weit an unsere Kundgebung gewagt hatten. Die Polizei versuchte, uns zurückzudrängen. Der Ordnungsdienst hatte alle Hände voll zu tun, um die Demonstranten von der Polizei abzuschirmen, da üblicherweise die Herren in Grün sich Leute, die aufgefallen sind, aus der Demo herausholen. Am Morzinplatz berichtete ein Sprecher von der "Plattform gegen Fremdenhaß" von den Auswirkungen der restriktiven Asyl- und Fremdenengesetze.

Weiter ging es über den Donnerbrunnen, an der FPÖ-Zentrale vorbei, wo eine Kundgebung stattfand, über die Kärntnerstraße zum Stephansplatz. Redner des Antifa-Komitees und der Asyl-Koordination machten bei den Zwischenkundgebungen hoh Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Regierungspolitik einerseits und deren sozialen Wurzeln andererseits deutlich. Die kämpferische Stimmung auf der Demonstration machte sich in einem Pfeifkonzert gegen die Nazis Luft. Viele Trillerpfeifen und Sprechchöre machten viel Lärm. Es war ein kräftiges Lebenszeichen des Antifa-Komitees der SchülerInnen und Lehrlinge Wiens!

Severin Mahrer
Antifa-Komitee 23

Du willst im Antifa-Komitee mitarbeiten:
Schreib an folgende Adresse:
Antifa-Komitee der SchülerInnen und Lehrlinge,
Postfach, 1233 Wien.
Unser Spendenkonto ist:
PSK 93.005.933!

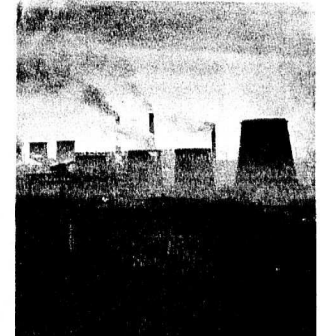


AKW: Der nächste Unfall kommt bestimmt

Das Erste, was einem zum Thema "Atomkraftwerke in Osteuropa" einfällt, ist die Atomkatastrophe in Tschernobyl am 1986. Durch den Austritt einer radioaktiven Wolke aus einem militärischen Atomkraftwerk in Toms (Sibirien) vor einigen Wochen, wurde die Diskussion um Schaden und Nutzen der Atomkraftwerke in Osteuropa neuerdings entfacht.

Natürlich ist bekannt, daß jene Atomkraftwerke alt, baufällig und sehr reparaturbedürftig sind. Zur Sanierung fehlen jedoch außer dem Glauben an die Notwendigkeit die finanziellen Mittel. Atomkraftwerke wurden nach der Reihe aus dem Boden gestampft, um billige Energie für die Schwerindustrie und das Militär nutzen zu können. Koste es, was es wolle - auf Sicherheit konnte keine Rücksicht genommen werden. Die Bürokratie wollte billige Energie, aber staatliche Repressionen und Bürokratismus verhinderten eine technische Weiterentwicklung. Die Atomreaktoren im Osten sind technisch veraltet. Diese tickenden Zeitbomben werden nicht stillgelegt, sondern im Gegenteil teilweise oder zur Gänze wieder aktiviert. Tschernobyl liefert weiterhin Energie für die darniederliegende Wirtschaft der Ukraine. Grund dafür ist nicht zuletzt die Abhängigkeit der Bevölkerung von dieser Energiequelle. Für die Wirtschaft ist die Atomkraft nicht nur oft einziger Elektrizitätserzeuger, sondern bedeutet auch Arbeitsplätze für die Bevölkerung.

Doch durch die mangelnde Ausbildung und Aufklärung der Arbeiter sind sich diese selten über die Gefahren, in der sie gezwungen sind zu arbeiten, bewußt und können sich daher auch nicht wehren. Genauso wenig wird es für nötig befunden, die gefährdeten Arbeiter zu schützen, denn es gibt fast keine Sicherheitsvorkehrungen für Arbeiter und die betroffene Bevölkerung. Dank der Geheimhaltung der ehemaligen und jetzigen Regierungen ist das tatsächliche Ausmaß der Verseuchung noch nicht bekannt, Verstrahlungen werden totge-



schwiegen und die Gefahr der Radioaktivität - da sie weder spür- noch sichtbar ist und auch mögliche Auswirkungen erst nach Jahren zu bemerken sind - verharmlost. So wurde es möglich, daß die ehemaligen Bewohner der Region um Tschernobyl trotz "Warnung" der Regierung wieder in ihre -inzwischen extrem verstrahlte Heimat zurückgezogen sind und auf dem verseuchten Boden wieder Lebensmittel anbauen und ernten. Wenn, wie in Sibirien, ein militärisches Atomkraftwerk betroffen ist, werden nicht einmal Informationen an die Bevölkerung gegeben, geschweige denn Rettungsmaßnahmen, eingeleitet.

Bei einem neuerlichen "Ausrutscher", vielleicht einem weiteren Super-GAU, werden wieder nur die Mächtigen und Privilegierten geschützt, denn für den Rest der Bevölkerung wurden "leider" zuwenig Schutzmaßnahmen vorgesehen. Doch niemand braucht sich in Sicherheit zu wiegen - auch in Österreich und in Westeuropa sind keine Schutzmaßnahmen für einen Strahlenunfall vorgesehen. Was nicht sein darf, hat nicht stattzufinden.

Amira Resch SJ 3

Zivildienst: Billige Arbeitskraft

Während in den 70er und Anfang der 80er der Zivildienst nur für eine Minderheit von Jugendlichen interessant war, entscheidet sich heute jeder dritte männliche Jugendliche für den Zivildienst.

Daß die rechten Hetzparolen vom "leichten" Zivildienst, angesichts Behindertspflege, Sanitätsdienste... Unsinn sind, liegt auf der Hand. Viele Jugendliche sehen einfach keinen Sinn darin, 8 Monate zu Befehlsempfängern degradiert zu sein und im Ernstfall sein Leben "fürs Vaterland (???) riskieren zu müssen.



Privilegien?

Der rechte Rand marschiert

Das die FPÖ unter Haider einen rechts-populistischen Kurs fährt, liegt auf der Hand. Im Windschatten dieser Politik wittern aber noch extremere Kreise Morgenluft. Während des "Ausländer-Volksbegehrens" ging der Jungnazi-Ausbildner und faschistische Karatekämpfer Gilbert Link für die FPÖ in Wien Propaganda.

Der Landesgeschäftsführer des RFJ (FP-Jugendorganisation) in NÖ - Martin Frauendorfer macht kein Hehl aus seiner Gesinnung: "Ein Ausländer hat halt eine braune Haut und ich hab halt eine braune Gesinnung. Wir brauchen keine Kanaken in Österreich. Jede Person, deren Namen man nicht aussprechen kann, gehört ausgewiesen."

Schon 1980 kandidierte in Payerbach (NÖ) der Neonazi Gottfried Küssel für die FPÖ. Der Vater des Küssel-Kamerads Schimaneck jun., Hans-Jörg Schimaneck sen., ist Spitzenkandidat der FP-NÖ und kämpft gegen die "Umvolkung" auf Jahrmärkten. Zitat: "Da über 50% der Aussteller bei Jahrmärkten Inder, Neger und Chinesen sind, geht die kulturelle Tradition verloren." Er fordert die Bezirkshauptleute auf, schärfer gegen diese vorzugehen.

Aber auch Edwin Rambossek, Barbara Rosenkranz, Wolfgang Haberl und Alois Preisler fielen durch ähnliche Äußerungen auf.

Nach dem Austritt von Schmidt und Co. ist in der ganzen FPÖ eine Säuberungswelle in Gang gesetzt worden. Gemäßigtere Bürgerliche wurden durch treue, meist weit rechts stehende Haidergefolgsleute ersetzt. Ein Grund mehr diese Partei noch stärker als bisher zu bekämpfen.

Michael Gehmacher

monatlich), um sich selbst zu verköstigen. Haben sie eine eigene Wohnung, erhalten sie (ebenso wie Soldaten) einen Wohnkostenzuschuß.

Billige Lückenfüller

"Ohne Zivildienstler könnten viele Sozialbereich gar nicht mehr aufrechterhalten werden", geben Gesundheitspolitiker zu. Anstatt jahrelange Versäumnisse endlich nachzuholen, zum Beispiel die Beschäftigten im Gesundheitsbereich besser auszubilden, besser zu bezahlen und kürzer arbeiten zu lassen, werden jetzt die Zivildienstler als preisgünstige Lohndrücker mißbraucht. Und falls hier das Material ausgeht, haben die Bürgerlichen noch einige Ideen parat: "Pflichtjahr für junge Frauen", "Arbeitsdienst für arbeitslose Jugendliche"... Schluß damit!

- Wir fordern:**
- * 35-Stundenwoche für Soldaten und Zivildienstler, auch in der Grundausbildung!
 - * Völlige rechtliche Gleichstellung von Soldaten und Zivildienstlern! Schluß mit der Kasernierung!
 - * Volle gewerkschaftliche Rechte!
 - * 12.000 netto öS Mindestlohn wie für alle Beschäftigten!

Michael Gehmacher Zivildienstler

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- * **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!**
- * **12.000.- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- * **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!**
- * **30 m2 Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!**
- * **Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- * **Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik! Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!**
- * **Für eine SPÖ-Aleinregierung mit sozialistischem Programm!**
- * **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**
- * **Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- * **Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!**

Im Tal der Pleitegeier

Hallein in der Krise!

In den ersten 3 Monaten des heurigen Jahres wurden in Österreich 470 Insolvenzverfahren eröffnet. Die größte Pleite ist Hallein-Papier. Rund 2,7 Milliarden öS beträgt der Schuldenberg des Unternehmens. Die Insolvenz (Zahlungsunfähigkeit) dieser Papierfabrik ist eine der größten Pleiten in der Nachkriegszeit.

Der finanzielle Bankrott des größten Industrieunternehmens Salzburgs ist auch die erste große Pleite in Österreichs Parade-Industrie Papier. Über 1.000 Beschäftigte haben Angst um ihren Job. Der wirtschaftliche Ruin des Papierwerkes würde aber auch die gesamte Region Tennengau ins Unglück stürzen. Schätzungsweise 10.000 Menschen leben von Hallein-Papier. Ein Verschwinden des Unternehmens würde viele der 750 ansässigen Betriebe mitreißen. Hallein-Papier ist aber kein Einzelfall - die ganze österreichische Papierindustrie kämpft ums Überleben. Die ersten, die an der Rezession zu leiden haben, sind aber wieder die Arbeiter und Angestellten - das geht auf das Konto der Profitgier der Unternehmer und Aktionäre!

Wer hat Hallein-Papier in die Krise geführt?

Das Unternehmen gehört zu 75% der Papierwerken Waldhof-Aschaffenburg (PWA) und zu 25% der Bank Austria. Die PWA wird wiederum zu 100% vom Freistaat Bayern gehalten. Hallein-Papier schlitterte nicht von heute auf morgen in die roten Zahlen. Rund 300 Mio. Schilling minus pro Jahr schreibt das Unternehmen seit 1991. Der gesamte Papiermarkt kämpft mit Problemen wie Überproduktion, Preisverfall und den Importen aus dem Osten. Das Problem der billigen Importe haben sich die westlichen Kapitalisten selbst geschaffen. Sie investierten wegen der niedrigen Löhne im Osten, um mehr Profit zu machen. Nun kürzen die Unternehmer im Westen die Löhne, damit die Betriebe günstiger produzieren können. Die Unternehmer und Banken investieren nur in Betriebe, wenn sie Profit herausholen können.

Es ist sinnlos zu fragen, ob nun die Bank Austria oder doch die PWA-Manager die "menschlicheren" Unternehmer sind. Alle Kapitalisten sichern sich auf Kosten der Arbeiter ihren Profit. Bei dem laufenden Insolvenzverfahren gegen Hallein-Papier prallen Unternehmerinteressen aufeinander. Die PWA will den Ausgleich, um dadurch die Hallein-Papier billig weiterführen zu können. Sie verlangt, daß der Staat



Die Bedürfnisse und Wünsche der 1.000 Beschäftigten, wie sichere Arbeitsplätze und sicheres Einkommen, müssen sich den Interessen der Wirtschaft unterordnen. Die Unternehmer pokern mit der österreichi-

schen Regierung um die Weiterführung der Hallein-Papier. Lacina, Hesoun und die SPÖ-Führung haben sich auf die bösen "Österreichische" Lösung. Die Bank Austria sind die "Guten". Der Staat wird Geld aufbringen müssen, weil der Kreditschutzverband für die 330 unbesicherten Gläubiger eine sofort zu zahlende Quote von 40% oder eine 50% Abgeltung in einhalb Jahren verlangt. Die Aktionäre und Manager der Bank Austria können sich freuen - der Staat wird tief in die Taschen der steuerzahlenden, arbeitenden Bevölkerung greifen, um die Hallein-Papier an private Eigentümer weiterzugeben.

Wie weiter mit Hallein-Papier?

Hallein-Papier muß sofort in staatlichen Besitz übernommen werden, das Unternehmen unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden. Die gesamte Papierindustrie muß verstaatlicht werden, um die Produktion zu planen und um die Arbeitsplätze, Rechte und Gehälter der Beschäftigten zu sichern. Natürlich steckt die internationale Papierindustrie in der Krise - ein Grund mehr, daß die Betriebe mittels Vergesellschaftung in die Kontrolle der Arbeiterschaft übergehen. Die privaten Unternehmer sind nicht in der Lage, die Arbeitsplätze zu garantieren. Von Umweltschutz und Mitbestimmungsrechten ganz zu schweigen. Verstaatlichung ist der erste Schritt, Arbeiterdemokratie und -verwaltung in den Unternehmen und volkswirtschaftliche Planung der Produktion muß folgen. Jetzt herrscht in Hallein Frustration unter den Arbeitern. Keiner traut sich, etwas zu sagen gegen die Eigentümer. Jeder hat Angst, als Unruhestifter auf der Abschußliste der Unternehmer zu stehen. Die Gewerkschaftsführung und die führenden Betriebsräte haben aber nichts anzubieten, sondern verlassen sich völlig auf die Regierung. "Wann endlich wird die Gewerkschaft zurückgeschlagen?" - fragen sich viele Arbeiter, die sich verraten und verkauft fühlen. Nur eine kämpferische Gewerkschaft kann die Rechte der Arbeiterschaft verteidigen, kann den Unternehmern die Stirn bieten, kann die Enteignung der privaten Unternehmer durchsetzen!

Jetzt! Es ist höchste Zeit!

Harald Kratochvila SAJ 20

RUSSLAND im Koma

Zwei Jahre Marktwirtschaft haben Rußland weiter in die Katastrophe geführt. 90% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, Inflation (2.000%), Elend und Perspektivlosigkeit haben Rußlands Arbeiterschaft aufgerieben und zermüht. Wird Jelzin jetzt als "starker Mann" alles ändern? Oder putscht der Volkskongreß und Teile der Armee?

Rußland befindet sich mitten im Prozeß der kapitalistischen Konterrevolution und Restauration. Der gescheiterte Putsch der Generäle von 1991 hat diese Entwicklung beschleunigt. Alle relevanten Schichten der ehemaligen Bürokratie liefen auf die Seite Jelzins und des Kapitalismus über. Jelzin stellte sich während des Putsches geschickt an die Spitze der beginnenden Massenbewegung und schwang sich zum populären "Retter des russischen Vaterlandes" auf. In der Folge holten Jelzin und seine Anhänger im Parlament (die den Kapitalismus auf dem schnellsten Weg erreichen wollen) zum Gegenschlag aus: Verbot der KPdSU, Auflösung der UdSSR, ... Der alte stalinistische Staatsapparat wurde teilweise aufgelöst, zerschlagen oder umfunktionierte.

Mafia, Kriminelle und Ex-Stalinisten: Wie eine Kapitalistenklasse entsteht

Zwar hat sich die Rolle des Staates zu einem Instrument der kapitalistischen Restauration umgewandelt, in der Wirtschaft stößt dieser Prozeß auf enorme Hindernisse. Vielfach wurden die zentralen Strukturen (wie Planungsbehörden) abgeschafft, ohne Ersatz zu schaffen. Viele dieser Betriebe laufen einfach irgendwie weiter. Vielfach unter der Kontrolle ehemaliger stalinistischer Betriebsleiter, die sich nun als die neuen russischen Unternehmer sehen. Sie nehmen immer neue Kredite auf, um die Löhne zu zahlen, oder bieten einfach ihre Produkte ohne irgendwelche Kontrolle am Weltmarkt oder am Schwarzmarkt an. Vielfach dringt der Kapitalismus in das entstandene Vakuum in Form von organisierter Kriminalität ein. Die Privatisierungskampagne Jelzins hat zwar 45.000 private Unternehmer hervorgebracht, doch sie sind fast ausschließlich Kleinunternehmer im Dienstleistungsbereich (Imbißbuden, Händler usw.).

Rolle des Westens

Die westlichen Industriestaaten haben natürlich wirtschaftliche und strategische Interessen in diesem Prozeß. Einzelne Konzerne holen sich die "Filetstücke" der

russischen Wirtschaft und kaufen diese, doch im großen Maßstab kann und will hier niemand der großen westlichen oder japanischen Unternehmer investieren. Das beschlossene Hilfsprogramm der größten Industrieländer macht rund 47 Milliarden US\$, davon nicht mehr als 5 Milliarden neue Kredite, aus. Von den jüngst gewährten 30 Mrd. US\$ (zum Vergleich in die Ex-DDR gehen ca. 100 Mrd. US\$ pro Jahr) wird Rußland nur 5-10 Mrd. sehen, der Rest bleibt als Schuldentrückzahlung gleich im Westen. Außer Almosen hat Rußland vom Westen, der selbst in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, nichts zu erwarten. USA, Japan und Deutschland müssen für die eigene nationale Wirtschaft Geld als Konjunkturspritze aufreiben. Ein Hilfsprogramm vergleichbar in der Höhe zum "Marshall-Plan" für Rußland und die anderen ehemaligen Sowjet-Staaten ist undenkbar für die westlichen Kapitalisten.

Volkskongreß und Präsident

Sowohl der Kongreß wie auch Jelzin sind für die Errichtung einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Sie repräsentieren die Interessen unterschiedlicher Gruppen im gegenwärtigen Prozeß. Jelzin ist direkter Büttel des Westens und des Imperialismus (dafür wird er mit internationalen Streicheleinheiten belohnt) und steht eher für ein Programm einer Steuer- und Kreditpolitik, die vor allem Kleinunternehmer und ausländische Spekulanten und Konzerne begünstigt. Die stärkste Gruppe des Volkskongresses, die Bürgerunion, repräsentiert die Leute, die in den großen Wirtschaftszentren des Landes das Sagen haben. Sie wollen gemeinsam mit den Exstalinisten einen Teil der politischen Macht herüberretten und sehen im Bündnis mit den Ultranationalisten die ausländische Kapitalisten als übermächtige Konkurrenz. Keine dieser Gruppen hat eine wirkliche soziale Basis in der Gesellschaft.

Referendum im April 1993 - neues Patt

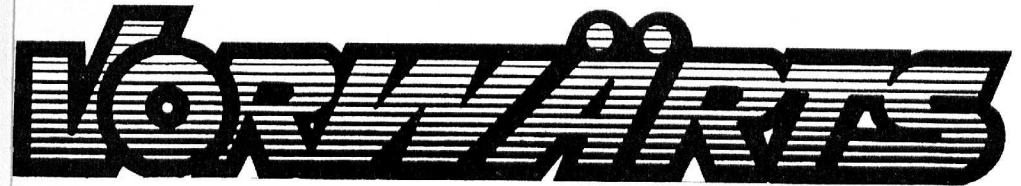
In der Auseinandersetzung zwischen beiden Gruppen stellte das Referendum Ende April den bisher schärfsten Versuch Jelzins dar, die Macht gänzlich an sich zu reißen. Schon oft in der Geschichte haben selbsternannte Volkstribunen das Mittel des Referendums gewählt, um eine Form der Diktatur einzurichten oder diese zu untermauern. Die russische Arbeiterklasse stand dem Machtkampf relativ gleichgültig gegenüber. Eine Mehrheit (70%) meinte in

Umfragen, durch die Abstimmung würde sich sowieso nichts ändern. 40% gingen nicht einmal in die Wahllokale, 58% (unter 40% der gesamten Wahlberechtigten) stimmten für Jelzin, 53% für seinen politischen Kurs. Im wesentlichen drückt das Ergebnis eines aus: Keine der politischen Gruppierungen konnte sich in der Bevölkerung verankern. Weder Jelzin noch seine Widersacher im Volkskongreß bieten der Bevölkerung eine rasche Verbesserung ihrer Lage. Die politischen Machtkämpfe spielen sich an der Spitze des Staates ab, die Arbeiterschaft und ihre Familien haben andere Sorgen - jeden Tag ums Überleben kämpfen!

Rußlands Arbeiter müssen sich organisieren

Jelzin wird versuchen, gestützt auf das Referendum, weitere gesetzliche Vollmachten an sich zu reißen. Mangels Alternative kann er auch im Moment der Unterstützung eines Großteils der Armee sicher sein. Jelzin heißt noch politische Stabilität, vor allem weil er nicht die Privilegien der Armee Offiziere angreift. Ein Putsch ist relativ unwahrscheinlich, solange Jelzin selbst die Zügel straff in Händen hält (und damit seinen 1991 begonnen "Putsch" mit härteren Methoden weiter fortsetzt). Ein Putsch der Armee hätte keine Perspektive und Unterstützung in der politischen Führung Rußlands. Jedes Regime wäre im Moment von Schwäche und den Widersprüchen der Gesellschaft gekennzeichnet. Die Situation der Bevölkerung wird sich in allen Bereichen des Lebens weiter verschlechtern. Es ist unmöglich für den Kapitalismus, am Ende des 20. Jahrhunderts ein stabiles oder gar florierendes Gesellschaftssystem neu zu errichten. Im Moment funktioniert wohl nur die Mafia, die sich als legale Unternehmer, auch im Ausland, breitmachen und die Arbeiter skrupellos ausbeuten. Die Arbeiterklasse ist im Moment im gesellschaftlichen Leben nicht vorhanden. Die Arbeiterschaft ist politisch nicht vertreten, weil keine landesweiten unabhängige Arbeiterorganisationen existieren. Es gibt keine russische Arbeiterpartei. Erst wenn sich die Arbeiterschaft organisiert (in Gewerkschaften), in Kämpfen wie Streikbewegungen ihre Stärke erkennt und sich eine landesweite Arbeiterpartei mit einem sozialistischen Programm formiert, haben Rußlands Arbeiter in der Zukunft bessere Lebensbedingungen zu gewinnen.

Johnny Evers, JG 5 - Vorsitzender



Zeitung der Marxisten in SJ, SPÖ, AKS & ÖGB

Lose..... Lose..... Arbeitslose!

Die Diagnose: Die Weltwirtschaft ist in der Krise. Pleiten, Kündigungen, Sozialabbau, Lohnkürzungen. Österreichs Wirtschaft zappelt im Netz der internationalen Rezession. Die Zeitungen vermelden täglich Horrormeldungen über neue Insolvenzen.

Die österreichische Wirtschaft ist seit eh und je mit der ausländischen, und hier besonders mit der deutschen, eng verknüpft. Die heimische Wirtschaft lebt zu einem großen Teil vom Export. Da aber die Wirtschaft bei den österreichischen Exportpartnern nur wenig oder gar nicht wächst, sinken die Exporte. Im Gegensatz zum Vorjahr sind sie im Februar 1993 um 4,45% zurückgegangen, im Jänner um 10,8%. Während Politiker und Wirtschaftsvertreter noch vor einem Jahr die Großartigkeit der österreichischen Wirtschaft lobten, kommen sie jetzt gar nicht mehr nach mit dem "Nach-unten-revidieren" der Wertschöpfungen. Die OECD erwartet für 1993 einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 0,2%. Die Industrieproduktion ist im Februar im Gegensatz zum Vorjahr um 4,9% zurückgegangen.

Aber es gibt natürlich auch Ausnahmen: Die Arbeitslosenzahlen wurden nach oben revidiert. Laut OECD wird die Arbeitslosenrate heuer von 3,4% auf "nur" 4,7% klettern. In Wirklichkeit ist diese viel höher (über 6%), da die Zahlen neu berechnet werden. Für nächstes Jahr wird dann noch ein



Prozent mehr (5,7% nach der neuen Berechnung, über 7% nach der alten) erwartet. Ende März waren 239.105 Menschen arbeitslos gemeldet (wobei noch offen ist, wieviele sich gar nicht mehr melden), das entspricht einer Steigerung von 20,3% zum Vorjahr!!! Die "Kronen-Zeitung" hat den wahren Grund für die kapitalistische Krise entdeckt: "Jammert unsere Wirtschaft nicht krank!" war die Titelseite des großen Kleinformats. Als ob die Wirtschaftsgrößen aufzuhalten wäre, wenn wir nur alle guten Mutes sind. Die Unternehmer haben handfeste Vorschläge zur Krisenbekämpfung. Wir sollen alle zusammenhalten, alle an einem Strang ziehen, weil wir ja alle im selben Boot sitzen. Nur die einen sitzen am Oberdeck und werden bedient und lassen es sich gut gehen, die anderen sitzen unten, dürfen rudern und sollen froh sein, wenn

werden. Seit Jahren schon versuchen die Unternehmer und ihre Vertreter, jede Entwicklung auszunutzen, um ihre Profite auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen. Immer wieder erfinden sie neue Gründe, warum wir mehr und sie weniger zahlen sollen. Die Massenkündigungen und Betriebsschließungen machen nicht vor Österreichs Grenzen halt. Hallein, Assmann und die Voralberger Textilfabrik Rhomberg sind nur Beispiele. Für zahlreiche Betriebe werden (ausländische) Käufer gesucht.

Assmann, der jetzt sogar von den Bürgerlichen (ÖVP und Bundeswirtschaftskammer) verteuft wird, weil er beim Aufbau seines Imperiums angeblich das Risiko nicht bedacht hat, wurde vor wenigen Jahren noch von der ÖVP als der "Paradeunternehmer" angepriesen und auf ihren Druck zum "Sanierer" der Verstaatlichten hoch-

ZWISCHENBILANZ

gelobt. Scheinbar dürfte er aber doch nicht der Unternehmer sein, der Pleiten jederzeit abwenden oder verhindern kann. Wir können aber sicher sein, daß Herr Assmann noch genügend Geld hat, um nicht am Hungertuch nagen zu müssen. Nachdem er beim Aufbau seines Konzerns üppige öffentliche Förderungen erhalten hat, bietet er jetzt sein Privatvermögen als Sicherheit, um einige Firmen entschuldet zurückzukaufen. "Verluste verstaatlichen - Gewinne nach Hause tragen" ist eine alte Regel, die die Unternehmer immer wieder gerne anwenden. Doch den Arbeitern fällt alles auf den Kopf: 1.100 Arbeitsplätze sind bedroht, was in der ohnehin bereits krisengeschüttelten Region Leibnitz eine Katastrophe bedeutet. Nach ersten Angaben sprach man von einer möglichen Arbeitslosenrate von 64% in diesem Bezirk. Doch sind diese Beispiele keine Einzelfälle. Die großen Pleiten werden von den Medien aufgegriffen. Die kleinen Pleiten, wo nur 100 Beschäftigte betroffen sind, häufen sich. Die Arbeitnehmer der großen Betriebe haben noch "Glück", weil für sie vielleicht ein kleiner Sozialplan des Sozialministeriums erstellt wird. Nach einem Jahr hat die bürgerliche Öffentlichkeit dann auch diese Arbeitnehmer vergessen.

Der 1.1.94 wird die Ungerechtigkeit zwischen Einkommensschwachen und Einkommensstarken noch verstärken. Die Steuerreformen der letzten Jahre haben zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt. Anfang der 70er Jahre waren die Unternehmer noch ca. dreimal so stark durch direkte Steuern "belastet" wie einkommensschwache, 1985 nur noch einhalb mal so viel. Bei den Staatseinnahmen aus Steuern auf Sachgüter liegt Österreich mit 14% des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) im internationalen Spitzenfeld (das sind Steuern, die jeder zahlt, der Sachgüter = z.B. Fernseher, Schuhe... kauft), bei der Vermögenssteuer (1,1% des BIP) und bei der Einkommenssteuer (10,8% des BIP) hingegen liegt Österreich im untersten Feld der OECD-Staaten. Die Staatseinnahmen aus Lohn- und Einkommenssteuern sind in Ländern wie USA, Japan, der Schweiz und Großbritannien größer als in Österreich. Selbst Finanzminister Lacina gibt zu: "Je mehr jemand verdient, desto weniger trägt er prozentuell zur Sozialversicherung bei. Für Einkommensteile über 33.600 Schilling im Monat werden gar keine Sozialbeiträge mehr geleistet". Ein 1987 fertiggestellter Forschungsbericht des Finanzministeriums stellt folgendes fest:

"Die Mittel der Wohnbauförderung kommen stärker mittleren oder oberen Einkommensschichten zugute, da diese häufiger in geförderten Wohnungen leben, weil sie eher in der Lage sind, die nötigen Eigenmittel aufzubringen. Außerdem leben sie in größeren Wohnungen, bei denen die För-

derungsbeträge höher sind.

* Die Staatsausgaben für Bildung, Kunst und Kultur fördern überproportional die Reichen. Bei weiterbildenden Schulen erhält das obere Drittel der Einkommensbezieher 45% der Ausgaben, von den Staatsausgaben für Hochschulen fließen sogar 52% den Besserverdienenden zu.

Die Bundesregierung berät zusammen mit den Sozialpartnern, wie man die Unternehmer zu mehr Investitionen bewegen kann. Höhere Investitionsfreibeträge, Übernahme der Kosten für Infrastruktur vom Staat... hört man von Seiten der Bürgerlichen, aber auch von der SPÖ- und ÖGB-Führung. Steuersenkung für Profite der Unternehmer, Privatisierung und Sozialabbau. Noch üben sich die SPÖ-Führer in Lippenbekenntnissen, daß die SPÖ keinen

Sozialabbau zulassen wird. Doch die ÖGB-Spitze hat bereits Kompromißbereitschaft in Richtung Unternehmer signalisiert - deutsche Zustände wolle man denn doch nicht in Österreich.

Aber vielleicht sollte sich die Gewerkschaft einmal ein Beispiel an den Gewerkschaften anderer Länder nehmen. Was für eine Vertretung ist das, die jede Verschlechterung der Situation der Mitglieder ohne Widerstand hinnimmt? Die Aufgabe von SPÖ und ÖGB wäre es, für die Rechte der ArbeiterInnen zu kämpfen. Die Unternehmer und die Regierung haben den Einfluß der ÖGB-Führung zurückgestutzt, die Gewerkschaftsspitze ihrerseits steckt den Kopf in den Sand und wartet auf bessere Zeiten. Es reicht!

Richard Klug, Vorsitzender der SJ 6

- * 12.000.- Mindestlohn netto und gleitende Lohnskala!
- * 35 Stunden-Woche sofort und weitere Arbeitszeitverkürzung!
- * Kein Ausverkauf der Verstaatlichten Wirtschaft!
- * Rücknahme aller Privatisierungen, da diese nur Arbeitsplätze vernichtet, haben und zu Sozialabbau führen. Rücknahme der Privatisierung der Wiener Holding - keine Profite für private Unternehmer!
- * Wenn Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau und Arbeitszeitverlängerung drohen, Enteignung und Vergesellschaftung der Unternehmen!
- * Verwaltung der Verstaatlichten Wirtschaft mittels Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Die Beschäftigten, die Gewerkschaft sowie der Staat sollen zu je einem Drittel die Betriebe kontrollieren. Vergesellschaftung der großen Unternehmen und Banken und Erstellung eines volkswirtschaftlichen Plans, um die Krisen des Kapitalismus, wirksam zu bekämpfen!

Wirtschaftsminister Schlüssel hat Vorschläge zur Bewältigung der Wirtschaftskrise:

- * Bei Insolvenzen sollen keine Kündigungsansprüche aus dem Pleitenfonds gedeckt werden, wenn eine Auffanggesellschaft die betroffenen Arbeiter übernimmt. Gehaltszahlungen sollen nicht mehr über den Kollektivvertrag hinausgehen.
- * Die freien Tage zur Jobsuche sollen bei Selbstkündigung des Arbeitnehmers abgeschafft werden.
- * "Drei Viertel der Unfälle passieren in der Freizeit. Ich sehe nicht ein, wieso das von den Unternehmern bezahlt wird." Die Arbeitnehmer sollen in Zukunft Beiträge zu privaten Versicherungen entrichten oder einen Selbstbehalt tragen.
- * In der Arbeitsmarktverwaltung könnten 10% der rund 4.000 Beschäftigten eingespart werden. Zwar klagen diese schon jetzt über Überarbeitung (aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen), aber "ein Rationalisierungsprogramm in dieser Größenordnung ist jederzeit drin", so Schlüssel.
- * Arbeitslose sollen schlechter bezahlte Jobs und längere Wege in Kauf nehmen. Die Zumutbarkeitsbestimmungen bei Arbeitsplatzvermittlung soll verschärft werden.
- * "Bei einem oberösterreichischen Industriearbeiter sehe ich noch ein, daß er in der Nähe seines Hauses und seiner Familie Arbeit finden will. Der ist schwer nach Vorarlberg zu bringen. Warum aber kann ich nicht einen Türken außerhalb der Region vermitteln?" Schon jetzt ist es so, daß die Arbeitslosen mit Streichung der Unterstützung bestraft werden, wenn sie nicht jenen vorgeschlagenen Job annehmen.
- * Für die 40.000 als arbeitslos gemeldeten Ausländer hat Schlüssel eine besonders gute Lösung: "Die sollen - freiwillig - in ihre Heimat zurückgeschickt werden."

Ein blöches einseitig - Herr Schlüssel. Warum sollen wir Eure Krise ausbaden? Wir haben ein besseres Programm: Wenn ein Unternehmer einen Betrieb schließen will, dann hat er offensichtlich kein Interesse mehr daran. Auch gut, die Arbeiter haben Interesse daran. Das Geld, daß sonst den Unternehmern zur "Sanierung" reingeschoben wird, sollen die Arbeiter bekommen, um den Betrieb unter ihrer Kontrolle weiterzuführen und die Produkte weiter zu entwickeln.

SPÖ und ÖVP - zwei Parteien. Aber eine Regierung. Seit 1987 befindet sich die SPÖ mit der ÖVP wieder (wie auch schon 1945 bis 1966) in einer Koalition. Was hat diese Regierung eigentlich getan? Die SPÖ stellt den Bundeskanzler, in Meinungsumfragen erreicht die SPÖ noch immer an die 40% Unterstützung. Ist denn die Koalition nicht immer noch besser als eine ÖVP-FPÖ-Koalition?

Seit Anfang der 80er Jahre ist das sozialdemokratische Reformprojekt zu Ende. Seit dieser Zeit befindet sich die SPÖ in wechselläufigen Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien. Wir lehnen diese Koalitionen ab. Es gibt keine gemeinsamen sozialen Interessen von Arbeitnehmern und konservativen, bürgerlichen Parteien, die die Basis einer gemeinsamen Regierung mit einer gemeinsamen Sozial- und Wirtschaftspolitik sein können. Die Parteiführung hat voll und ganz vor den Unternehmern kapituliert. Ganz offen steht sie zum konservativen Maßnahmenkatalog und der bürgerlichen Politik dieser Bundesregierung: Sozialabbau, Privatisierung, Deregulierung, "EG-Reife"... Profitiert hat davon bis jetzt in erster Linie die Haider-FPÖ, die aus dem wachsenden Unmut über die SPÖ politisches Kapital schlagen konnte.

Regierungspolitik ab 1987

Was waren nun die Eckpfeiler der großen Koalition seit 1987? Alles in allem Maßnahmen, die soziale Reformen bereits teilweise rückgängig zu machen und in Österreich "ein gutes Klima" für die Unternehmerschaft zu schaffen. Als da wären: Budgetsanierung, EG-Beitritt, Privatisierung und Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie, Steuerreform mit Entlastungen für die Unternehmer, ein neues Mietrechtsgesetz, das die Mietpreise und Profite der Unternehmer in die Höhe schießen läßt, die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten,...

Ob diese Reihe von arbeitfeindlichen Maßnahmen von einer rein bürgerlichen Regierung auch ohne größere Widerstände durchgeführt werden könnte, muß stark bezweifelt werden. Genau darin besteht auch der Sinn der SPÖ in der Bundesregierung. Sie soll den Arbeitern, Gewerkschaften und ihren Mitgliedern diese Kofferformen als notwendig erklären. Die SPÖ-Führung schreibt der Partei die Sparpolitik als "ihr Programm" auf die Fahnen, um Protest vor allem innerhalb der SPÖ zu unterbinden.

Schon die erste Steuerreform begünstigte die Unternehmer um einiges mehr als die lohnabhängige Bevölkerung, besonders benachteiligt waren die einkommensschwachen Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger. Nachdem die "Doppelbelastung" des Gewinns durch Körperschafts- und Einkommensteuer schon 1985 praktisch abgeschafft wurde, wurde in der Steuerreform 1988/89 der Einkom-



Vranz: Wohin bringst Du die SPÖ?

Durch die laufenden Ausgliederungen (Post, ÖBB) soll die Kraft der Gewerkschaften geschwächt werden und die Betriebe sind dann leichter zu privatisieren und zu verkaufen (z.B. die Wagenreinigung wird bei der ÖBB erwogen). Bevor die verstaatlichten Betriebe an Private verkauft werden, werden sie noch mit Steuergeldern gefüttert. Die lohnabhängige Bevölkerung zahlt also doppelt drauf! Beispiele sind der Borsengang der ÖMV oder der Verbundgesellschaft. Damit die Aktionäre eine satte Dividende (Gewinnanteil) bekommen, wurde seither mehrmals der Strompreis stark angehoben.

Wirtschaftspolitisches Hauptanliegen der Regierung war zweifellos die Budgetsanierung. Die Privatisierung der Verstaatlichten Unternehmen half der Regierung, Budgetlöcher zu stopfen. Die Neverschuldung wurde schrittweise auf unter 3% des BIP gesenkt. Da die Koalition progressive Steuererhöhungen ablehnt, kann dieses Ziel nur durch Privatisierungen, Deregulierung und Streichung staatlicher Sozialleistungen erreicht werden. Gleichzeitig liegen auf den Banken 1.000 (tausend) Milliarden Schilling, 90% davon gehören dem reichsten Fünftel Österreichs.

Schließlich bereitet die Regierung den EG-Beitritt sehr zielstrebig vor. Dieser ist auch der wichtigste Schritt seit Bestehen der 2. Republik. Das bedeutet, daß sich die ganze Politik darauf ausrichtet, Österreich EG-reif zu machen. Mit dem Argument EG-Reife haben viele österreichische Arbeitnehmer schon Bekanntheit gemacht: Transilverkehr, Ladenöffnungszeiten, ... Ein weiterer Ausverkauf von Industrie, Grund und Boden steht bevor. Die Mehrwertsteueranpassung in der EG wird zu einer massiven Verteuerung des Wohnbaus führen. Die Mieten werden explosionsartig steigen. Ebenso werden die Sozialversicherung und die Telefongebühren besteuert. Eine Teuerungswelle rollt auf Österreich zu. In den EG-Staaten wird bereits hemmungslos der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung demontiert. Mittels einer millionenschweren Pro-EG-Kampagne soll uns der Beitritt "objektiv" schmackhaft gemacht werden.

menssteuersatz zusätzlich von 21 auf 10% reduziert. Der Spitzensteuersatz sank gleich von 62 auf 50%. Weiters gab es eine weitere Verschiebung von den direkten zu indirekten Steuern, die ja die einkommensschwächere Bevölkerung viel stärker treffen als die Reichen. Mittlerweile ist auch die Lohnsteuer die einzige Steuer, die schneller als das Bruttoinlandsprodukt wächst und sogar der FCG (ÖVP-Gewerkschaftsfraktion) rechtlich über das "Explodieren der Lohnsteuer" auf. Im übrigen läßt sich die Regierung schon jahrzehntelang von den Unternehmern um jährlich etwa 40 Milliarden (!) Schilling Steuern pressen.

Auch die Zerschlagung und Privatisierung der Verstaatlichten war ein Hauptanliegen der Regierung. Die Verstaatlichte hat die Privatwirtschaft jahrzehntelang mit Rohstoffen und Produkten unter Weltmarktpreisen versorgt und war immer den Interessen der Privatwirtschaft untergeordnet. Gleichzeitig ist aber im verstaatlichten Bereich die Arbeiterschaft am besten organisiert und hat viele soziale Zugeständnisse erreichen können. Das ist den Unternehmern und ihren Politikern natürlich ein Dorn im Auge.

Unterschriften erlangte, hatten das Parlament bereits den Beitritt zum EWV beschlossen. Im EWV ist Österreich in den EG-Binnenmarkt integriert und muß den Rechtsbestand der EG übernehmen.

Diese Beispiele zeigen wohl deutlich, daß in Zusammenarbeit mit Bürgerlichen auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung nicht gerade Rücksicht genommen wird. Die ÖVP hat in allen wichtigen Fragen ihr Programm durchgebracht. Aber eine absolute Regierung der SPÖ löst das Problem nicht. Nur wenn die SPÖ sich auch von ihrer jetzigen konservativen Linie trennt, bringt eine SPÖ-Aleinregierung Vorteile für die Arbeiterschaft. Das wird wohl kaum von selbst passieren. Nur durch Druck von unten, von der Straße und von den Betrieben kann die SPÖ und die jetzige Regierungspolitik geändert werden.

Die Regierung kann auf erfolgreiche Jahre zurückblicken. Die privaten Unternehmer, die multinationalen Konzerne und Reichen sitzen in der ersten Reihe und applaudieren dazu!

David Mum SPÖ 23

SPÖ: Wirtschaftskrise - Was Nun?

Halte die Krise! Die SPÖ-Führung sucht **kampfhafte Wege aus der Wirtschaftskrise. Sie zaubert plötzlich wieder Kreisky aus dem Hut. Sind denn diese alten Ideen geeignet, um heute zu funktionieren? Die Koalitionsregierung hat sich über die praktischen Maßnahmen zerstritten - was kommt zuerst? Steuerreform, Direktinvestitionen für kleine Unternehmen oder doch Sozialabbau á la Bundeswirtschaftskammer? Jeder hat etwas zu sagen. Auch wir.**

Kreisky hat über Steuereinnahmen und Staatskredite regulierend in die Wirtschaft eingegriffen. Durch direkte (Geldgeschenke der Regierung an die Unternehmen) und indirekte Subventionen (Steuervergünstigungen, billige Rohstoffe aus der damals noch größeren Verstaatlichten Industrie,...) entlastete und unterstützte Regierung Kreisky die Unternehmer. Doch Kreisky wird mystifiziert und glorifiziert. Die Lohnpolitik der SPÖ- und ÖGB-Führung bevorzugte eindeutig jene Schichten der Arbeitnehmer, die besser verdienen. In fast keinem anderen Land ist der Unterschied zwischen jenen, die gut, und jenen, die schlecht verdienen, so hoch wie in Österreich. Nicht nur das: Auch zu dieser Zeit erfolgte eine Umverteilung hin zu den Unternehmern - der Unterschied zu 1993 ist nur, damals gab es mehr zu verteilen!

Doch die Grundlage für die Politik Kreiskys war der lange Nachkriegsaufschwung der europäischen Wirtschaft bis in die 70er Jahre. Schon nach der zweiten Rezession Anfang der 80er Jahre zeigten sich deutlich die Grenzen dieser wirtschaftlichen Interventionspolitik: Kreisky brauchte Geld,

egal ob Steuereinnahmen oder Kredite. In der Folge konnten nämlich die Krisenerscheinungen wie hohe Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachstum nicht mehr abgebaut werden. Die Staatsverschuldung stieg steil an. Die Kredite wurden gebraucht, um die Subventionen aufrechtzuerhalten. Die 80er Jahre waren ein Aufschwung auf Kredit. Jetzt schlagen die Mechanismen des Kapitalismus zurück. Die Schulden der Vergangenheit haben die SPÖ eingeholt - jetzt ist eine andere Generation sozialdemokratischer "Sanierer" am Werk.

Solidaritätsoffer?

Ein Teil der SPÖ-Führung glaubt, mit direkten Subventionen und großen staatlichen Aufträgen (wie Bauprogramme) die Wirtschaft ankurbeln zu können. Der Wiener Vizebürgermeister Mayr und auch Bürgermeister Zilk fordern, die geplante Steuerreform zu verschieben. Aus den somit gewonnenen Mitteln wollen sie die Unternehmer unterstützen. ÖGB-Präsident Verzetnisch fordert eine Solidaritätsabgabe aller. Alle Spitzenfunktionäre suchen eifrig nach Geld. Keine Frage - irgendwer wird zahlen müssen. Nur wer? SPÖ-Funktionäre wie der neugewählte Wiener Parteivorsitzende Häupl entdecken wieder die soziale Verantwortung der SPÖ und wollen sich wenigstens einen Teil der finanziellen Mittel bei den Reichen holen. Finanzminister Lacina spricht von einer "Negativsteuer" und Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage für Sozialbeiträge. Jedenfalls wird die ÖVP verbissenen Widerstand gegen solche Maßnahmen leisten. In dieser Legis-

Die Industrie ist in der Krise. Die Gewerkschaften stehen unter Druck, weil die Unternehmer mit Betriebsschließungen drohen. Eine Reihe von Großbetrieben führt Sparmaßnahmen auf Kosten der Belegschaft durch. Geschäftsleitung und Personalvertretung der Lenzing AG haben sich auf einen weiteren Personalabbau "geeignet". Bis Ende 1993 werden am Standort Lenzing weitere 200 Stellen zu den bereits Mitte 1991 vereinbarten 600 abgebaut, um das Ziel der Unternehmensleitung, 3.000 Beschäftigte, zu erreichen. Mit einem Sozialplan (zusätzlich Abfertigungen im Ausmaß von 60% der gesetzlichen Abfertigung) hat sich die Lenzing AG die Zustimmung der Gewerkschaft geködert. Dienstleistungen, wie die Hausdruckerei, werden ausgelagert und eingekauft. Die Arbeiter in den Subunternehmen bekommen weniger Lohn und haben keine betrieblichen Sozialleistungen. In der Nettingsdorfer Papierfabrik verhandelt die Geschäftsleitung mit der Gewerkschaft über eine befristete Verlängerung der Arbeitszeit. Nettingsdorfer machte 1992 einen Verlust von 55 Mio. öS und strich den Aktionären die Dividende. Bei Leykam setzte die Geschäftsleitung Lohnkürzungen und bei Pöls Gratisarbeit durch. Die Besitzer verlangen Profite. Die kapitalistische Konkurrenz ist erbarmungslos und die Sparkonzepte sind immer die gleichen: Kündigungen, Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit, Sozialabbau und Lohnkürzung! Falls die Gewerkschaften und die Beschäftigten sich nicht fügen, drohen die Unternehmer mit Betriebsschließungen!

laturperiode werden keinerlei Gesetze verabschiedet werden, die die arbeitende Bevölkerung bevorzugen und entlasten werden. Es wird nur höhere Beiträge für die Arbeitslosenversicherung geben. Wenn Geld im Budget fehlt, ist es immer noch einfacher, auch für die SPÖ-Führung, die Arbeiterschaft zur Kassa zu bitten!

Clintonomics

Bundeskanzler Vranitzky und Finanzminister Lacina wollen die neue Etappe der Steuerreform wie geplant per 1.1.94 durchziehen. Sie erhoffen sich dadurch eine Stärkung der Kaufkraft. Die Steuerreform wird für viele Arbeitnehmer nur eine inflationsabgeltende Anpassung bringen, für die Unternehmer jede Menge Geschenke. Die ÖVP-Spitze hat schon gesagt: "Leistung (Eigentum) muß sich wieder lohnen." Die Idee dahinter ist, den Unternehmern mehr Geld zu lassen, damit diese mehr investieren können. Ein weiterer Versuch Vranitzkys ist es, über verstärkte Exporte eine Verbesserung der Lage herbeizuführen, sogar Kasachstan wird heimgesucht. Doch die Unternehmer und die ÖVP verlangen mehr von der SPÖ. Sie brauchen nicht nur Steuer-geschenke, die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Privatisierung beschafft den Unternehmern günstige Anlage- und Investitionsmöglichkeiten, Deregulierung schafft beschränkende Gesetze beiseite und liberalisiert die Absatzmärkte, niedrige Löhnerhöhungen und Kürzung der Sozialabgaben runden das Bild ab. Der Einfluß des Staates wird wirtschaftlich und politisch zurückgedrängt, die privaten in- und ausländischen Unternehmer entziehen sich stärker der Kontrolle des Staates. Es ist ihre Wirtschaft, ihr Geld, ihre Entscheidung.

Südafrikas Zukunft ist rot

Nach der Ermordung des südafrikanischen KP- und ANC-Führers Chris Hanu durch einen weißen Rechtsextremisten gab es in Südafrika Massendemonstrationen. Am 14. April 1993 waren Millionen auf der Straße. 100.000 nahmen im Stadion bei Soweto an einer Gedenkveranstaltung teil. Am Tag des Begräbnisses erschienen 92% der schwarzen Arbeiter nicht am Arbeitsplatz.

Bezeichnenderweise bekamen Hanis Leibwächter keine Waffenscheine vom Staat, sie wurden sogar wegen illegalem Waffenbesitzes eingesperrt. Die Pistole des Mörders hingegen war eine "gestohlene" Waffe der Air Force. Präsident De Klerk hat mit seinen Aktionen die Protestbewegung nur gesteigert. Er wollte Johannesburg zum Notstandsgebiet erklären, mußte aber zurückstecken, weil die schwarze Bevölkerungsmehrheit, auch auf Aufforderungen des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU, die Befehle der Regierung beiseite schob und zu Hunderttausenden auf die Straße strömten.

Der massive Druck von unten zwang die ANC-Führung eine neue Kampagne mit Massenmobilisierungen für einen konkreten Wahltermin zu starten. Die Arbeitsniederlegungen und Massendemonstrationen zeigen die Kraft und Kampfbereitschaft der schwarzen Arbeiterklasse und die Unzufriedenheit mit den Kompromissen der ANC-Führung, die auf viele Forderungen der weißen Regierung eingeht.

Es ist offensichtlich, daß die National Party mit De Klerk an der Spitze nur Reformen von oben durchführen will, um eine Revolution von unten zu verhindern. Wahlen nach dem Prinzip "ein Mensch - eine Stimme" wären zweifellos ein ungeheurer Erfolg für die schwarze Bevölkerung. Aber auch eine Regierungsbeteiligung des ANC würde noch nichts daran ändern, daß die Wirtschaft dem "big business" gehört. Die herrschende weiße Klasse wird versuchen, auch in Zukunft ihre Herrschaft und Macht in Staat und Wirtschaft zu behalten - auch mit Waffengewalt.

Die ANC-Führung unter Mandela und Slovo (Vorsitzender der SACP) steuert den ANC auf den Kurs Machtteilung mit den Apartheid-Parteien (z.B. mit der National Party) und gemischte Wirtschaft unter einer ANC-Regierung, um die Kapitalisten und Multis nicht zu verschrecken. Das ist ein Bruch mit der Freiheits-Charta des ANC, die von einer sozialistischen Wirtschaftspolitik als eines der Ziele des ANC spricht. Machtteilung heißt nicht Mehrheitsregierung, die weißen "Herren"-Parteien versuchen mit parlamentarischen Tricks, den ANC auf eine bürgerlich-demokratische

Lösung festzunageln. Keines der großen sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot u. s. w. würde dadurch gelöst. Die marxistische Arbeiterbewegung im ANC, Congress Militant, kämpft für eine sozialistische Veränderung, für eine Revolution von unten. Noch kann die ANC-Führung die wütenden schwarzen Arbeiter und Jugendlichen in den Townships zurückhalten (mit einer Massenkampagne für baldige Parlamentswahlen). Die Hoffnungen der schwarzen Arbeiterschaft liegen in sozialen Veränderungen - wird Nelson Mandela diese Hoffnungen erfüllen?

David Mum SPÖ 23

Welt in Bewegung

Der Sozialismus ist international



Südafrika - Broschüre

Um nur 20,- (inkl. Porto) bei der Redaktion zu bestellen! PSK Konto 8812.733

Freiheit für Philemon Mauku

Philemon ist ein schwarzer, südafrikanischer Marxist, der wegen "illegalem Waffenbesitzes" in Südafrika eingesperrt ist. Die Waffen brauchte er, um sich und sein Township gegen die Angriffe der separatistisch und terroristischen Inkatha zu verteidigen.

Philemon Mauku



Philemon wurde bei der letzten Amnestie von politischen Gefangenen nicht entlassen. Er und 22 andere politische Gefangene im Leeuwkop-Gefängnis sind nach wie vor in Haft. Seit der Ermordung des KP-Chefs Chris Hanu zeigt der südafrikanische Kapitalismus sein wahres Gesicht. Ausschreitungen gegen die schwarzen Arbeiter stehen wieder auf der Tagesordnung. Durch die Ausrufung des Notstands in manchen Gebieten und durch Sondervollmachten für Polizei und Militär hat sich der Druck auf die politischen Gefangenen sehr verstärkt. Psychische Schikane gehören zum Alltag

der Inhaftierten. Diese sind aber auch nicht untätig geblieben; sie gründeten ein Komitee der politischen Gefangenen, das als eine Art "Häftlingsgewerkschaft" für Verbesserungen kämpft und versucht, gemeinsam mit dem internationalen Solidaritätskomitee, Druck auf die Regierung auszuüben. Philemon wurde zum Vorsitzenden dieser Gruppe gewählt. Es besteht die Gefahr, daß jene Gefangenen, die bereits ihre Haftstrafe abgesessen haben, als politische Geiseln von der Regierung weiter eingesperrt bleiben, um bei den Verhandlungen mit dem ANC ein Druckmittel zu haben, und die eine oder andere soziale Verbesserung für die Schwarzen zu verhindern.

Daher werden Philemon und die 22 anderen politischen Gefangenen ab 1. Mai in einen unbefristeten Hungerstreik treten. Europaweit wird es Unterstützungskaktionen geben, auch in Österreich! P.S.: Internationale Aktionen brauchen nicht nur die politische Solidarität, sondern auch die finanzielle! Daher gibt es ein Spendenkonto, um das dringend benötigte Geld zu bekommen!

**Spendenkonto:
PSK 742137578**

**Schreibt Protestbriefe an:
F.W. De Klerk
Tujnhuis
Privat Bag
X-1000 Kapstadt
8000 Südafrika**

FRANKREICH hat gewählt

Frankreich hat gewählt! Die Parlamentswahlen im März 1993 brachten eine katastrophale Niederlage für die Sozialistische Partei Frankreichs (PSF). Der Bürgerblock verfügt nun über eine überwältigende Mehrheit im Parlament.

Die bürgerliche Regierung will Frankreich vom "Sozialismus" säubern. Noch ist Präsident Mitterrand (PSF) im Amt. Doch so richtig kommt die konservative Regierung nicht in Schwung. Zu groß sind die sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Die Linke und die Sozialistische Partei sind zusammengebrochen. Die Schwäche der Linken ist die Stärke der konservativen Parteien.

Die PSF stellt nach der Wahl nur mehr 70 von 577 Sitzen im Parlament. Bereits vor den Wahlen waren einige führende Parteifunktionäre (unter anderem Rocard) der Meinung, man müsse die PSF auflösen. Die PSF ist gespalten, aber keiner ihrer Führer verkörpert die Arbeitertradition der Partei. Die PSF ist in den 80er Jahren die Partei der Manager und Privatisierer geworden. Die Politik Mitterrands hat die PSF zu einer Klempartei werden lassen. Nicht nur die Arbeiterschaft und Linke in Frankreich sondern die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in ganz Europa hatten große Hoffnungen in die Linksregierung von Sozialistischer und Kommunistischer Partei, die Anfang der 80er Jahre durch eine Wahlsieg an die Macht kam. Doch Mitterrand und die Führung der PSF brachen alle Wahlversprechen. Am Anfang wurden Großbetriebe verstaatlicht, das soziale Netz ausgebaut und der soziale Wohnbau gefördert. Doch bereits Monate später änderte sich die Regierungspolitik: Privatisierung, Sozialabbau und rasant steigende Arbeitslosigkeit prägt den politischen Alltag in Frankreich.

Die Kommunistische Partei (PCF) verließ die Regierung nach dem Rechtsschwenk Mitterrands. Obwohl sich die PCF mit kämpferischen Sprüchen von der arbeitfeindlichen Politik Mitterrands distanzierte, verlor auch sie in den 80er Jahren zigtausende Mitglieder. Die PCF erreichte bei der Parlamentswahl nur 9% der Stimmen, sie schaffte es nicht, die Proteststimmen zu sammeln. Die Kommunistische Partei entwickelt sich immer stärker zu einer sozialdemokratischen Partei. Die PCF hat den Vorteil, noch in der Arbeiterschaft verankert zu sein. Doch die PCF-Führung hat sich längst mit dem System arrangiert und fordert nur noch kleine Reformen. Die PCF-Gewerkschaft hat zunehmend Schwierigkeiten, die kämpfenden Arbeiter zufriedenzustellen. Die konservativen Parteien treten zwar im

Bündnis auf, sind aber in der Frage EG und GATT tief zerstritten. Aber da keine linke Massenpartei als Alternative vorhanden ist, konnten die bürgerlichen Parteien diesen Wahlsieg erringen. Der Protest der Arbeiter drückte sich in einer Welle von großen Streiks in den 80er Jahren aus. Bei den Wahlen gingen natürlich viele Arbeiter nicht zur Wahl. Die Front National von Le Pen erreichte ca. 13% der Stimmen, weniger als erwartet - aber immer noch mehr als die Kommunistische Partei. Die rechtsextreme Front National versucht mit rassistischer und nationalistischer Propaganda vor allem Arbeiter in den krisengeschüttelten Gegenden anzusprechen.

Konservative setzen Mitterrands Politik fort



Mitterrands: nur leere Versprechungen

Die neue bürgerliche Regierung wird an der bisherigen Politik nicht viel ändern. Schon vor den Parlamentswahlen machte der Bürgerblock keine große Versprechungen, sondern profitierte hauptsächlich an der Unbeliebtheit des Präsidenten. In den ersten Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik: ein neuer Schub von Privatisierungen! Das Volumen der Privatisierungen sollte heuer noch rund 60 Mrd. Schilling erreichen. Die Staatsschulden werden 1993 um 70 Mrd. US\$ steigen, die Regierung versucht durch die Verkäufe die Budgetlöcher zu stopfen. Kandidaten für die Privatisierung sind unter anderem Renault, der Chemiekonzern Pechiney die Ölfirma Elf sowie die Banque Nationale. Das Hindernis für die Privatisierung sind nicht die schwachen Linksparteien, sondern vielmehr das hohe Zinsniveau, das viele Anleger eher in die Spekulation lockt und die schlechte finanzielle Situation der Unternehmen. Außerdem gibt es große Privatisierungsprogramme in anderen

europäischen Staaten. Diese Konkurrenz drückt die Preise für die Staatsunternehmen.

Die Konservativen hatten schon in ihrer kurzen Regierungszeit 1986-88 mit dem Verkauf von Staatsunternehmen begonnen. Auch die PSF führte diese Politik bis 1993 weiter. Ende 1991 kontrollierte der Staat immerhin noch 2.622 Firmen mit mehr als 1,7 Millionen Beschäftigten. Die Politik der Deutschen Bundesbank, die Zinsen hoch zu halten, hat die französische Wirtschaft in Schwierigkeiten gebracht. Finanzielle Mittel sind als Investitionen oder zur Spekulation nach Deutschland geflossen.

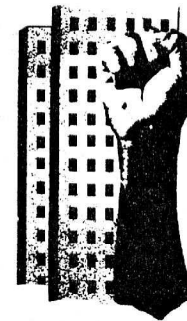
Der neue Innenminister Pasqua ist ein rechter Hardliner. 1986 führte er ohne gesetzliche Grundlage nächtliche Identitätskontrollen ein. Pasqua stellt sich hinter die Polizei, die besonders brutal gegen ausländische Jugendliche vorgeht. Frankreich hat einen starken Repressionsapparat, den die Regierung rücksichtslos gegen Linke und Immigranten einsetzt. Der rechte Innenminister wird nicht zögern, die Polizei gegen streikende Arbeiter einzusetzen. Streikbewegungen werden stattfinden, die Unternehmer wollen dafür gerüstet sein. Die PSF hat gänzlich versagt, die Gesellschaft zu verändern; die Führung wollte keine Veränderung, nur Macht und Privilegien. Die Enttäuschung der französischen Arbeiter über Mitterrand ist grenzenlos.

Gibt es eine Zukunft für die Linke?

Von der Führung der Sozialistischen Partei, soweit sie noch existiert, ist nichts zu erwarten. Ob die PCF es schafft, einerseits zur ihrer stalinistischen Vergangenheit und andererseits zu den kommenden großen Klassenkämpfen in Frankreich eindeutig Stellung zu beziehen, ist für ihre Zukunft entscheidend. Nachdem die Arbeiterparteien auf dem politischen Feld gegen die konservativen Parteien versagt haben, werden sich die Arbeiter, die sich gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit wehren wollen, in unabhängigen Gewerkschaften und linken Gruppierungen organisieren. Die Linke, vor allem die marxistischen Kräfte, werden sich nur in Arbeitskämpfen reorganisieren können. Die kämpferischen Traditionen der Arbeiterschaft in der stark polarisierten Gesellschaft Frankreichs werden nicht einfach durch die Wahlniederlage der Sozialistischen Partei verschwinden. Frankreichs Linke muß Mitterrand mit einer kräftigen sozialen Offensive gegen die Privatisierung verjagen, um in den Augen der Millionen Arbeiter wieder glaubwürdig zu werden.

Thomas Prieler SJ6

MAI 1968



25 Jahre ist es her, daß die größte Streikbewegung der französischen Geschichte die Bürgerlichen der ganzen Welt erschüttert hat. Noch nie war die französische Arbeiterklasse so nahe daran, den Kapitalisten die Herrschaft im Staat zu entreißen.

Hintergrund der Revolution war eine katastrophale soziale Situation, die sich während der zehnjährigen Herrschaft General de Gaulles (der autoritär regierte) gebildet hatte: 800.000 Arbeitslose, jeder vierte davon unter 25, Reallohnverluste in den Jahren 1966 und 1967,...

Die Aufstände begannen am 1. Mai 1968, als hunderttausende Demonstranten unter der Parole "10 Jahre sind genug", den Rücktritt Charles de Gaulles forderten. Bei Protestkundgebungen von Studenten, die unter anderem gegen den amerikanischen Einsatz im Vietnam-Krieg gerichtet waren, verhaftete die Polizei einige Tage später 200 linke Studenten. Daraufhin begannen spontane Massendemonstrationen von über 10.000 Studenten und Schülern. Diese Zahl steigerte sich in den nächsten Tagen gewaltig. Schwere Straßenschlachten forderten viele Verletzte und erwirkten eine ungeheure Solidarisierung in der Bevölkerung. Mehr als 80% der Pariser Bevölkerung unterstützten die Studenten in jenen Tagen bei Barrikaden und Straßenkämpfen. Die Brutalität, mit der die Polizei gegen die Studenten vorging, erregte die Empörung der Arbeiter. Besonders nachdem die Belegschaft der ORIF (Radio- und Fernsehanstalt) erreicht hatte, daß im Fernsehen darüber berichtet wurde, trat die Arbeiterschaft auf die Bühne des Geschehens.

Postler und Flugzeugbauer begannen für höhere Löhne zu streiken. Im ganzen Land begannen sich Arbeiter, immer stärker an den Demonstrationen zu beteiligen. Die traditionellen Arbeiterorganisationen, KP und Gewerkschaften, die die streikenden Studenten zunächst noch beschimpft hatten, sahen sich einem immer größer werdenden Druck von unten gegenüber. Sie riefen für den 13. Mai einen 24-stündigen Generalstreik aus. Allein in Paris legten an diesem Tag 1 Million Arbeiter die Arbeit nieder. Doch dieser Schritt führte nicht, wie KP- und Gewerkschaftsführer gehofft hatten, zum allgemeinen "Dampfblasen", sondern bestärkte die Arbeiterschaft weiter in ihrem Selbstvertrauen. Was nun folgte war eine Welle von Fabriksbesetzungen, in einzelnen Regionen übernahm Betriebs- und Wohnkomitees die Kontrolle (im ganzen

Land soll es ca. 600 gegeben haben). Der alte Staatsapparat befand sich in Auflösung. Bis zum 20. Mai hatten sich 15 Millionen Menschen der revolutionären Bewegung angeschlossen.

Schwäche der Bewegung

Doch spätestens jetzt zeigte sich die einzige wirkliche Schwäche der Bewegung. Sie hatte keine geschlossene revolutionäre Führung. Die Kommunistische Partei, die eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen in Frankreich hat, bestand sogar darauf, den Kampf um höhere Löhne und Arbeitsbedingungen zu beschränken. Sie begann mit den entmachteten Unternehmern zu verhandeln und forderte Neuwahlen, anstatt dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen. Durch die Haltung der KP wurde die Bevölkerung in ihrem Kampf verunsichert. Ohne revolutionäre Führung entglitt der Arbeiterklasse die erreichte Macht immer mehr, die Reaktion begann sich zu formieren. Schließlich kehrte Ende Mai (der vor der Revolution geflüchtete) de Gaulle nach Paris zurück. Zuerst hatte er sich noch die Unterstützung des Generals Massus, der an der Spitze der 70.000 Mann starken Rheinarmee stand, zusagen lassen.

De Gaulle verkündete sogleich die Auflösung des Parlaments und ließ Neuwahlen ausschreiben. Nachdem ein zweiwöchiger Generalstreik ergebnislos geblieben war, starteten die Kapitalisten den Gegenangriff. Panzer und Truppen formierten sich um Paris und als Reaktion auf de Gaulles Aufruf, ihn zu unterstützen, demonstrierten

tausende Geschäftsleute, Pensionisten und Beamte in Paris für Ruhe und Ordnung. Arbeiter wurden von Truppen aus den Fabriken getrieben, linke Gruppierungen wurden verboten und ihre Führer des Landes verwiesen. Die KP protestierte nicht einmal dagegen, sondern präsentierte sich als Partei, die "für Ruhe und Ordnung" gesorgt hatte.

Ministerpräsident Pompidou hatte es mit Hilfe der KP geschafft, die Aufständischen zu spalten. Nach bedeutenden Lohnerhöhungen gaben die meisten Arbeiter ihren Widerstand auf und kehrten in die Fabriken zurück. Isoliert mußten nun auch die Studenten und revolutionären Arbeiter ihre Aktionen einstellen. Eines hat der Mai 68 jedoch gezeigt: Wie schnell, auch im "modernen" Europa, revolutionäre Situationen entstehen können. Wir müssen aus den Erfahrungen des Mai 1968 lernen, wie wichtig kämpferische Gewerkschaften und Arbeiterparteien sind - diese Organisationen entscheiden auch, ob eine revolutionäre Bewegung scheitert oder siegreich die Ausbeuter und Mächtigen zum Teufel jagt.

Tanja Kreinbacher
SJ Feldkirch/ Gruppe Rote Aktion

**VORWÄRTS-Lesertreffen
Die Krise schlägt zu:**

Massenkündigungen * Sozialabbau

Wehr Dich!

mit einem Arbeiterbetriebsrat der VOEST

Am 21.5.93 um 19 Uhr

VHS-10, Arthaberplatz 18

Marxismus aktuell

Im Kapitalismus wird nicht nach den Bedürfnissen der Menschen produziert, sondern der Profit ist und bleibt die oberste Maxime. Egal, ob bei der Erzeugung unnützer Produkte Flüsse vergiftet werden, Öl aus altersschwachen Tankern austritt und das Meer verseucht, das Ozonloch wächst oder Kriege für Absatzmärkte geführt werden.

Immer wenn wir nach den wahren Ursachen suchen, müssen wir erkennen, daß wirtschaftliche Interessen der Grund für Ausbeutung und Krieg sind: wirtschaftliche Interessen einer kleinen Minderheit - der Kapitalisten. Sie sind es, die uns begaunern, wenn wir beim Monatslohn nur einen Teil dessen bekommen, was wir tatsächlich erwirtschaftet haben. Der zweite Teil der von uns geschaffenen Werte fließt als Profit in ihre Taschen. Und auch das Risiko tragen wir: wenn wir unsere Gesundheit einsetzen, aber auch wenn der Betrieb pleite geht und wir arbeitslos sind.

Kapitalistischer Markt - Profit statt Vernunft

Produziert und investiert wird nicht in Waren und Dienstleistungen, die gebraucht werden, sondern die Profit bringen. Wenn es dazu dient, Preise hochzutreiben, werden kurzhand auch dringend benötigte Güter vernichtet (z.B. Lebensmittel in der EG). **Die Marktwirtschaft ist gesamt gesehen ein System absoluter Verschwendung.** Milliarden, die in Werbung gesteckt werden, haben nur den Zweck, uns weis zu machen, daß das Leben ohne ein bestimmtes Produkt nicht lebenswert sei und wir ein anderes Produkt kaufen sollen, obwohl es gleichwertig und oft gleich unnötig ist. Die Kosten für die Werbung werden von den Konsumenten bezahlt. Aber wenn der Profit ausschlaggebend ist, wird Werbung und Mogelei statt Aufklärung betrieben.

Krisen, weil zu viel da ist!

Im Kapitalismus entstehen Krisen durch Überproduktion und Überproduktionskapazitäten. Die Unternehmer können (weil sie gleichzeitig die Löhne drücken und die Massenkaufkraft schwächen) keine Abnehmer mehr für ihre Produkte finden. Zunächst gibt es zeitweilige Auswege wie Ankerbildung der Verschuldung (Aufnahme von Krediten) oder Investitionen in nicht produzierende Bereiche (Spekulation an der Börse). Doch das ganze System kracht immer wieder zusammen. **In Krisen werden gewaltige Produktionsstätten gesperrt und Millionen von Arbeitern entlassen.** Kapitalisten und ihre Staaten führen Krieg um Roh-

Markt contra Plan

stoffe und Absatzmärkte. Ein Beispiel: Da die lateinamerikanischen Staaten wie Costa Rica so viele Bananen billig in die EG importieren, können die eigenen EG-Bananen nur mehr mit Verlust verkauft werden, fallen die Preise für Obst ins Bodenlose. Die EG verhängte hohe Zölle für Bananen-Importe. Hunderttausende Arbeiter und Bauern in Lateinamerika verlieren ihre Arbeit, können ihre Familien nicht mehr ernähren, verhungern in den Elendsvierteln. In der Krise vernichtet der Kapitalismus Produktionsmittel, um die Überproduktion abzuschaffen, um wieder Profite zu machen. Danach geht das ganze von vorne los.

Planung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung

Egal ob in der Schule oder in den bürgerlichen Medien. Stellt man die Frage: "Voran gingen die Sowjetunion und die RGW-Staaten zugrunde?", dann hört man die Antwort: "An der Planwirtschaft, die ineffizient und inflexibel ist, sie kann daher auf die Bedürfnisse der Menschen nicht eingehen. Außerdem arbeitet niemand, weil keiner wirklich Geld verdienen kann." Abgesehen davon, daß die im Kapitalismus ausbezahlten Löhne kaum den Arbeitseifer heben, sondern, daß "Motivation" nur durch schneller gestellte Fließbänder und Angst vor der Arbeitslosigkeit erreicht wird, wird gerne darauf "vergessen", daß Konzerne ebenfalls mit Mehrjahresplänen arbeiten. Also dürfte es nicht am Plan im allgemeinen liegen, daß er von den Unternehmern verdammt wird, sondern, daß der Plan der Kapitalisten sich immer nur auf ein Unternehmen beschränkt. So berechnet ein Autokonzern zwar sämtliche Produktionskosten, doch um die (volkswirtschaftlichen) Folgekosten muß er sich nicht den Kopf zerbrechen. Denn diese werden sowieso von der Allgemeinheit (vom Staat, der von der arbeitenden Bevölkerung Steuern einhebt) getragen. Der Kapitalismus hat die Welt wirtschaftlich sehr eng miteinander verflochten. 500 multinationale Konzerne beherrschen 90% der Weltwirtschaft. Doch ihr Wirtschaftsprinzip ist eben Profit und ihre Planung hört beim eigenen Konzern, bei der Macht und den Privilegien der Besitzer und Aktionäre auf. Die kapitalistische Konkurrenz wird von den Unternehmern stets als treibende Kraft dargestellt, die der Planwirtschaft fehlt. Doch die kapitalistische Konkurrenz, die nur die Profitmaximierung als Ziel hat, sorgt sich nicht um nützliche und vernünftige technische Entwicklung. Finanziert wird alles, was Profit bringt, egal



ob die Umwelt zerstört wird oder ob die Arbeiter entlassen werden. Die Konkurrenz des Kapitalismus heißt Untergang für die wirtschaftlich und sozial Schwachen in der Gesellschaft, heißt auch Verdammung zu Armut und Hunger für Millionen Menschen in der "3. Welt". Die treibende Kraft in der Planwirtschaft ist die Arbeiterdemokratie, der Wunsch der arbeitenden Bevölkerung, ihre Lebensqualität zu verbessern und ihre Umwelt intakt zu sehen. **Die Vergesellschaftung der großen Konzerne und Unternehmen und das planvolle Wirtschaften im Interesse der überwältigten Bevölkerungsmehrheit ist deshalb für uns Marxisten das Kernstück unseres Programms.** Durch demokratische Planung gilt es, alle Möglichkeiten und Fähigkeiten der Wirtschaft voll zu entwickeln. Denn ohne Demokratie stirbt jede Eigeninitiative, und wo es keine demokratische Kontrolle gibt, bildet sich immer eine herrschende Minderheit heraus. In den Oststaaten hat diese Bürokratie sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung kontrolliert, während sie den Rest der (arbeitenden) Bevölkerung von Kontrolle, Leitung und Planung der Wirtschaft ausgeschlossen hat. Und darin liegt das Versagen der gerne, aber fälschlich, als sozialistisch bezeichneten Staaten - und nicht etwa an der Planwirtschaft prinzipiell. Um die Bildung so einer abgehobenen Schicht zu verhindern, müssen alle demokratisch gewählten Funktionäre jederzeit von der Arbeiterschaft (und ihrer Organisation) abwählbar sein, einer unmittelbaren Rechenschaftspflicht unterliegen und dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen. Somit würde die größtmögliche Anzahl von Menschen in sämtliche Bereiche des Produktionsprozesses einbezogen werden. Die ÖVP kämpft in Österreich mit Zähnen und Klauen gegen eine Arbeitnehmermitbestimmung in den Unternehmen, weil sie wissen, daß jeder Funken Mitbestimmung ihren Profit schmälern würde. Wir wollen mehr erreichen:

Die völlige Kontrolle der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen über die Wirtschaft, um eine umweltgerechte und menschenwürdige Gesellschaft zu erreichen.

Wolfgang Flurschütz SJ 3

Der Un-Solidarpakt

Mitte Februar 1993 war es soweit - die Koalitionsregierung, bestehend aus CDU, CSU, FDP, und die Unternehmerverbände einigten sich mit der SPD und dem DGB auf den **Solidaritätspakt (Solidarpakt)**. Offiziell hieß es, man müsse gemeinsam die Wirtschaftskrise überwinden und den Aufbau im Osten Deutschlands finanzieren. Letztlich sollen aber die Profite der Arbeit "geber" (noch im Sprachgebrauch, trotz der Massenkündigungen) gesichert bzw. erhöht werden, während die Arbeit "nehmer" Lohnverzicht, Gratis-Mehrarbeit und Sozialabbau in Kauf nehmen müssen.

Die Umverteilung von unten nach oben, von der arbeitenden Bevölkerung zu den Unternehmern, hat System in diesem Marktwirtschaftssystem - doch nun attackieren gerade in Deutschland die Mächtigen immer frecher die sozialen Rechte der Bevölkerung, unter dem Deckmantel der Volkssolidarität sollen Opfer gebracht werden.

Volkswirtschaftliche Daten belegen, wer in den letzten Jahren die Gewinner des Wirtschaftsaufschwungs waren:

- die Bruttolohnquote des Volkseinkommens in der BRD wurde kontinuierlich von 72,4% (1981) auf 66,2% (1991) gedrückt.

- 5,9% der Unternehmerhaushalte hatten 1988 19,7% aller verfügbaren Einkommen oder etwa 930.000 ÖS/Jahr.

Immer wieder wird auch gegen sogenannte "Sozialschmarotzer" (Arbeitslose, soziale Randgruppen) gehetzt - wo aber sitzen die wahren Betrüger:

- Jährliche Betriebsprüfungen durch das Finanzamt würden mindestens 140 Milliarden (!) öS bringen. Jetzt sind die Betriebsprüfungen nur etwa alle 8 Jahre.

- Durch Urlaubsbreien, tituliert als "Geschäftsreisen", entgehen dem Staat mindestens 70 Milliarden öS/Jahr.

- Auch Luxusschlitten sind steuerlich absetzbar - Kostenpunkt sind 35 Milliarden öS/Jahr an Mißbrauch.

Übrigens: Die Sozialhilfe hat in Deutschland gerade 84 Milliarden öS pro Jahr zur Verfügung. Die Quintessenz des Solidaritätspaktes sind Kürzungen im Sozialbereich. Die SPD stimmte einer Kürzung des Erziehungsgeldes und einer realen Senkung der Sozialhilfe zu. Den neuen Ländern sollen 55,8 Mrd. DM gegeben werden, 17 Mrd. müssen die Westländer aufbringen. Noch immer fehlen der Regierung Kohl 4,5 Mrd. DM. Die SPD bietet der Regierung folgende Geldbeschaffungsmöglichkeiten an: Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit des Dienstmädchens bis zum Firmenwagen, von steuersparenden Bewirtungen von Geschäftsfreunden bis zum subventionier-

ten Flugbenzin für Unternehmer. Die Regierung kann dem natürlich nicht zustimmen. Vielleicht, um soziale Härtefälle zu vermeiden? Da ist es doch noch immer einfacher, die Erhöhung der Sozialhilfesätze unter der Inflation zu halten. Millionen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in West- und Ostdeutschland, die tiefste Rezession seit den 70er Jahren und reihenweise Betriebs-schließungen in den großen Industriegebieten sind an der Tagesordnung. Die

Gewerkschafts- und SPD-Führung hat dem unsocialen Solidarpakt zugestimmt. Einstweilen bedanken sich die deutschen Unternehmer damit, die Rechte der Gewerkschaft abzumontieren. Einstweilen privatisiert die Treuhänder die ostdeutschen Betriebe zu Tode.

Ja, ja, wenn das Pack von Solidarität spricht.

Manfred Wiener SJ-Salzburg/ Gruppe Aufbruch (aufgelöst)

Die Stahlarbeiter kochen

In einer Urabstimmung Ende April entscheiden Deutschlands Stahlarbeiter, ob ab 3. Mai 1993 ein Streik für Lohnerhöhung stattfinden wird. Bei Redaktions-schluß wird angenommen, daß mehr als die notwendigen 75% der Arbeiter für Streik stimmen. Die deutschen Gewerkschaften stehen vor wichtigen Arbeitskämpfen!

24.3.: 2.000 Stahlarbeiter marschieren von Dortmund Richtung Bonn

26.3.: 70.000 Stahlarbeiter aus Ost und West demonstrieren in Bonn

20.4.: 7000 Beamte blockieren das Bonner Innenministerium

24./25.4.: In neun deutschen Städten demonstrieren rund 200.000 Arbeiter zur Unterstützung ihrer Gewerkschaft.

Die Inflationsrate ist im März auf 3,5% geklettert, während die Gewerkschaften Tarifverträge um 3% abschließen. Millionen Arbeiter in Ost- und Westdeutschland sind arbeitslos. Bei den Beamten sollen Sozialabgaben eingeführt werden, was unter dem Strich ein geringeres Nettoeinkommen bedeutet. Die Arbeitgeber wollen die Arbeitszeit wieder verlängern. In Rheinhausen sollen nun auch die letzten Hochöfen geschlossen werden, bereits 1987 wurde die Bergwerke nach erbittertem Kampf geschlossen - die Region hat nun praktisch keine Industrie mehr. In Ostdeutschland haben die Unternehmer die mit der IG-Metall (Industriegewerkschaft) ausgehandelten Tarifverträge gebrochen: Sie sind nicht bereit, die zugesicherte Tarifierhöhung (gestaffelte Angleichung an Westlöhne) zu zahlen, während Mieten und Lebensmittelpreise West-Niveau erreichen! Insgesamt sprechen Prognosen davon, daß die Ostdeutsche Metall-industrie von 80.000 auf 5.000 Arbeitsplätze geschrumpft wird.

Auf den Demonstrationen wurden wieder Stimmen nach Vergesellschaftung der Betriebe unter Arbeiterkontrolle laut, als die einzige Möglichkeit, die Industrie in Ost-

und Westdeutschland zu sichern. Und es mehrten sich die Rufe nach einem Generalstreik, um zu zeigen, daß sich deutsche Arbeiter nicht alles gefallen lassen. Die ostdeutschen Arbeiter sind wütend und fühlen sich betrogen. Hatte Kohl nicht bei der Vereinigung gesagt "Keinem wird es schlechter, vielen wird es besser gehen". Die Führung der IG-Metall bereitet hektisch den Streik vor. Aber Steinkühler, Vorsitzender der IG-Metall, ist kompromissbereit in Richtung Arbeitgeber - was kommt nach dem Streik der Stahlarbeiter? Die DGB-Führung hat keine weitergehenden Ziele, sie tritt nicht für die notwendige Verstaatlichung der Stahl- und Metallkonzerne ein. Die IG-Metall-Führung weckt Hoffnungen bei den Arbeitern, aber sie wird sie in Stich lassen, weil sie außer "Sozialpläne für entlassene Arbeiter" keine politischen Ziele hat. Die Gewerkschaft ÖTV hatte 1992 zum Streik aufgerufen, um einen faulen Kompromiß der Arbeitgeber zuzustimmen. Die Enttäuschung über die Gewerkschaft war groß, viele verließen die ÖTV aus Frustration. Nachher wird Steinkühler sagen "Wir haben alles versucht". Das Haupthindernis für einen erfolgreichen Arbeitskampf ist wie in Österreich die allzu kompromißbereite Gewerkschaftsführung.

Die Arbeitgeber wollen die Macht der starken IG-Metall brechen, wollen erreichen, daß jeder Betrieb einzeln um Lohnerhöhungen verhandelt. Es geht um die Kampfkraft der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Unterstützen wir die KollegInnen mit internationaler Solidarität. Der ÖGB sollte die deutschen Arbeiter mit Kundgebungen und Warnstreiks unterstützen. Länderübergreifende gewerkschaftliche Aktionen sind notwendig, um die Konzerne wirksam zu bekämpfen, damit sie uns nicht gegeneinander ausspielen können. Denn bald werden auch österreichische Arbeitnehmer internationale Solidarität nötig haben - Hallein und Leibnitz waren erst der Anfang!

Sven Hilberth, SJ 6

1. MAI

1. Mai - Tag der Arbeit? 1. Mai - Kampftag der Arbeiter? In Wien findet traditionell der Mai-Aufmarsch der SPÖ statt. Doch die SPÖ-Führung hat zunehmend Probleme, die Parteimitglieder dafür zu motivieren. Der 1. Mai ist nur mehr Feiertag für viele arbeitende Menschen. Ein arbeitsfreier Tag, nicht mehr?

Vor über 100 Jahren marschierten die Arbeiter zum ersten Mal am 1. Mai auf den Straßen der Industriestädte. Damals war dieser Tag noch nicht arbeitsfrei. Jeder, der am 1. Mai auf die Straße ging und so den Arbeitsplatz unerlaubt verließ, riskierte, die ohnehin unterbezahlte Arbeit zu verlieren. Es bedeutete zu riskieren, seiner Familie noch mehr Hunger zumuten zu müssen. Es bedeutete zu riskieren, von der Polizei erschossen oder verhaftet zu werden. Doch warum riskierten die Arbeiter so viel?

Der 1. Mai war ein Zeichen der Solidarität in der Arbeiterschaft. Ein Zeichen für den Willen, für die Forderungen der Arbeiterbewegung zu kämpfen. Der erste 1. Mai stand unter der Losung 8-Stunden-Tag. Er war eine Demonstration der Macht und Stärke der Organisationen der Arbeiterklasse.

Die Mai-Feiern der SPÖ sind zu einer Propagandaveranstaltung für die Parteiführung und reiner Traditionspflege degradiert worden. Heutzutage riskiert man nichts mehr, außer daß es regnet. Der 1. Mai ist zu einem weiteren der vielen Mittel der Selbstdarstellung unserer hochbezahlten "Partei-freunde" im Nadelstreif geworden. Oben stehen sie und schauen gnädig auf uns herab. Auf jene Parteibasis, die dankbar den Reden zuhört und schnell mit den bereitgestellten Bussen den Rathausplatz verlassen soll. Doch jedes Jahr werden es weniger Demonstranten. Früher sind alle

Bezirke noch in mächtigen Zügen zum Rathausplatz marschiert. Heute fahren viele Bezirke mit Bussen zur Ringstraße, täuschen durch viele Musikkapellen längere Züge vor und finden zuwenig Leute, die Transparente oder Fahnen tragen. Wofür sollten die Parteimitglieder dies auch tun? Der SPÖ fehlt der Wille zum Kampf, der Wille zur Veränderung und ein sozialistisches Programm. Immer teurere Werbekampagnen werden das Problem nicht lösen - der SPÖ laufen die Mitglieder und Aktivisten davon, weil sich

nichts bewegt - kein sozialistisches Programm, keine Kämpfe für soziale Verbesserungen, kein Widerstand gegen den Sozialabbau. Nur die Parteiführung bewegt sich - politisch immer weiter nach rechts!

Kampf für eine sozialistische Politik

Tragt keine alten Transparente der Parteiführung und -bürokratie! Stellen wir unsere eigenen Forderungen!

Der 1. Mai muß wieder zum einem Tag der Arbeiterbewegung werden. Die rosaroten Spitzenfunktionäre haben diesen "Feiertag" für sich vereinnahmt. In den kommenden Klassenkämpfen wird sich die organisierte und kämpfende Arbeiterschaft diesen Tag zurückerobern.

Martin Plotz JFS 5



Ich möchte

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name _____

Adresse

Ich möchte:

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50.- ÖS

10 Ausgaben zu 100.- ÖS

ein VORWÄRTS-Förderabo zu
.....ÖS beziehen

Auslandsabo (5 Ausgaben 80.-)

Einsenden an:
Verein Vorwärts zur sozialistischen
Demokratie
PF. 2, A - 1082 Wien